

Die Freiheit der Vervielfältigung zum eigenen Gebrauch

von
Dr. Gisbert Hohagen

1. Auflage

[Die Freiheit der Vervielfältigung zum eigenen Gebrauch – Hohagen](#)

schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

Thematische Gliederung:

[Allgemeines](#)



Verlag C.H. Beck München 2004

Verlag C.H. Beck im Internet:

www.beck.de

ISBN 978 3 406 52273 4

Inhaltsverzeichnis

Literaturverzeichnis	XXI
Abkürzungsverzeichnis	XXIX
Einleitung	1
Erster Teil: Konzeptionelle und rechtliche Grundlagen	5
A. Die Freiheit der Vervielfältigung zum eigenen Gebrauch:	
Begriff und Abgrenzung	5
I. Begriff und Abgrenzung in technischer Hinsicht	6
II. Begriff und Abgrenzung in inhaltlicher Hinsicht	9
B. Die Vervielfältigungsfreiheit in ihrer positiven gesetzestechnischen	
Ausgestaltung	12
I. Schranken und „exceptions“: Methodische Grundfragen	13
II. Die Vervielfältigungsfreiheit zum eigenen Gebrauch:	
Ein Überblick	18
C. Die Rechtfertigung der Vervielfältigungsfreiheit zum eigenen Gebrauch .	23
I. Die Rechtfertigung und Systematisierung urheberrechtlicher	
Schrankenbestimmungen	23
II. Die Rechtfertigung der Vervielfältigungsfreiheit	25
1. Traditionelle Rechtfertigungsversuche	25
2. Der notwendige Interessenausgleich als Rechtfertigung der	
Vervielfältigungsfreiheit	27
a) Interessen an einem möglichst uneingeschränkten Urheber-	
rechtsschutz	29
aa) Interessen der Urheber	29
bb) Interessen der Allgemeinheit	30
cc) Interessen der Werkmittler	31
b) Interessen an der Vervielfältigungsfreiheit zum eigenen	
Gebrauch	32
aa) Interessen der Allgemeinheit	32
bb) Interessen der Werknutzer	36
cc) Interessen der Urheber	38
c) Der Ausgleich der beteiligten Interessen	38

d) Vorläufige Schlußfolgerungen für ein gesetzliches Regelungsmodell	41
D. Die Vervielfältigungsfreiheit im digitalen Kontext als Herausforderung ..	43
I. Die Ausgangssituation	43
II. Die Strategie der Rechteinhaber	44
1. Technische Schutzmaßnahmen	44
2. Formularvertragliche Vereinbarungen	45
III. Reaktion des Gesetzgebers geboten?	45
Zweiter Teil: Der internationale Rahmen	47
A. Der effektive Schutz des Urhebers als Ziel: Internationales Urheberrecht ..	49
I. Grundlagen	49
1. Bedeutung und Auswahl einzelner Konventionen	49
2. Schutzprinzipien der Konventionen	54
3. Unmittelbare Anwendbarkeit der Konventionen	57
a) Der Grundsatz der unmittelbaren Anwendbarkeit	57
b) Relativierung des Grundsatzes durch die neuere Rechtsprechung des EuGH?	60
4. Zur Auslegung der Konventionen	62
a) Methode der Auslegung internationalen Einheitsrechts	62
b) Die völkerrechtlichen Auslegungsregeln der Wiener Konvention	65
II. Das ausschließliche Vervielfältigungsrecht des Urhebers	67
1. Entstehungsgeschichte	67
2. Inhalt und Umfang	69
3. Die Vervielfältigung im digitalen Kontext	72
a) Dauerhafte Vervielfältigungen	72
b) Vorübergehende Vervielfältigungen	74
aa) Wortlautinterpretation: Technischer Vervielfältigungsbegriff	74
bb) Einschränkende Auslegung: Normativer Vervielfältigungsbegriff?	75
cc) Interessenausgleich auf der Ebene der Schrankenbestimmungen	79
III. Der „Drei-Stufen-Test“	80
1. Von der RBÜ über TRIPS zum WCT: Entwicklungsgeschichte und Bedeutungswandel	80
a) Entstehungsgeschichte des „Drei-Stufen-Tests“ in der RBÜ ..	80
b) Der „Drei-Stufen-Test“ im TRIPS-Abkommen	85
c) Die Übernahme des „Drei-Stufen-Tests“ in den WIPO Copyright Treaty	88
d) Fazit	92

2. Zur Auslegung des „Drei-Stufen-Tests“ im einzelnen	92
a) Prüfungssystematik – Einheitlichkeit der Auslegung	92
b) Bestimmte Sonderfälle	96
c) Keine Beeinträchtigung der normalen Auswertung des Werks	99
aa) „Normale Auswertung“	100
bb) Beeinträchtigung der normalen Auswertung	102
(1) Konkurrierende Werknutzung	103
(2) Beeinträchtigung unterhalb der Schwelle der konkurrierenden Werknutzung	104
d) Keine unzumutbare Verletzung der berechtigten Interessen des Urhebers	109
3. Konsequenzen für die Vervielfältigungsfreiheit zum eigenen Gebrauch	115
IV. Der rechtliche Schutz technischer Schutzmaßnahmen	120
B. Die weitergehende Berücksichtigung von Allgemein- und Individualinteressen: Die Dimension der Menschenrechtskonventionen	125
I. Allgemeine Erklärung der Menschenrechte	125
II. Europäische Menschenrechtskonvention	129
1. Inhaltliche Relevanz der EMRK für die Untersuchung	129
2. Anwendbarkeit und Bedeutung der EMRK im Urheberrecht . .	130
3. Informationsfreiheit	131
a) Schutzbereich der Informationsfreiheit	132
b) Beeinträchtigung des Schutzbereichs	134
c) Schranken der Informationsfreiheit	135
d) Fazit	139
4. Schutz der Privatsphäre	142
III. Résumé	146
Dritter Teil: Vorgaben des Europäischen Gemeinschaftsrechts	149
A. Europäisches Gemeinschaftsrecht und Urheberrecht	149
I. Die Bedeutung des Gemeinschaftsrechts für das nationale Urheberrecht	149
II. Die Gemeinschaftskompetenz zur Harmonisierung des Urheberrechts	153
III. Besonderheiten bei der Auslegung sekundären Gemeinschaftsrechts	157
1. Die Auslegungskriterien	157
2. Die Rolle der Erwägungsgründe bei der Auslegung von EG-Richtlinien	159
3. Konsequenzen für die Auslegung des nationalen Rechts	160

B. Punktueller gemeinschaftsrechtlicher Vorgaben:	
Die Computerprogrammrichtlinie und die Datenbankrichtlinie	162
I. Das ausschließliche Vervielfältigungsrecht	165
1. Das Vervielfältigungsrecht des Rechteinhabers des Computerprogramms	165
2. Das Vervielfältigungsrecht des Urhebers der Datenbank	167
II. Die Schranken des ausschließlichen Vervielfältigungsrechts	168
1. Die bestimmungsgemäße Benutzung	168
a) Bestimmungsgemäße Benutzung des Computerprogramms	168
b) Normale Benutzung der Datenbank	169
2. Der private Gebrauch: Die Vervielfältigung nichtelektronischer Datenbanken	172
3. Der eigene Gebrauch	174
a) Von Computerprogrammen	174
aa) Herstellung einer Sicherungskopie	175
bb) Dekompilierung	176
b) Von Datenbanken	180
aa) Benutzung zur Veranschaulichung des Unterrichts oder zu Forschungszwecken	180
(1) Veranschaulichung des Unterrichts	180
(2) Zwecke der wissenschaftlichen Forschung	182
bb) Eigener Gebrauch als sonstige traditionelle Ausnahme vom Urheberrecht?	183
4. Fazit	185
a) Die Vervielfältigungsfreiheit im Rahmen der Computerprogrammrichtlinie	185
b) Die Vervielfältigungsfreiheit im Rahmen der Datenbankrichtlinie	186
III. Das Verhältnis der Schrankenbestimmungen zu technischen Schutzmaßnahmen und vertraglichen Vereinbarungen	191
1. Technische Schutzmaßnahmen	191
2. Vertragliche Vereinbarungen	192
C. Der horizontale Ansatz:	
Die Richtlinie zum Urheberrecht in der Informationsgesellschaft	194
I. Von der geplanten Harmonisierung der privaten Vervielfältigung zur Richtlinie 2001/29/EG	194
1. Frühe Pläne zur Harmonisierung der privaten Vervielfältigung	194
2. „Urheberrecht in der Informationsgesellschaft“ in der Europäischen Gemeinschaft	196
3. Vom Richtlinienentwurf vom 10.12.1997 zur Richtlinie 2001/29/EG	198
II. Das ausschließliche Vervielfältigungsrecht	201

III. Die Schranken des Vervielfältigungsrechts	204
1. Grundfragen zu Art. 5 Info-RL	204
2. Der „Drei-Stufen-Test“ nach Art. 5 Abs. 5 Info-RL	206
3. Die zwingende Beschränkung des Vervielfältigungsrechts nach Art. 5 Abs. 1 Info-RL	209
a) Rechtsnatur der Bestimmung	209
b) Hintergrund und Zweck der Bestimmung	210
c) Die Auslegung der Norm im einzelnen	212
aa) Vervielfältigungshandlungen auf der Ebene der Diensteanbieter	215
bb) Vervielfältigungshandlungen auf der Ebene des Werknutzers	217
4. Die Vervielfältigungsfreiheit zum eigenen Gebrauch	219
a) Der „gerechte Ausgleich“	220
b) Die Reprographie	223
c) Die Vervielfältigungsfreiheit zum privaten Gebrauch	225
aa) Vervielfältigungen auf beliebigen Trägern	225
bb) Privater Gebrauch	228
cc) Die Herstellung des Vervielfältigungsexemplars durch einen Dritten	230
dd) Gerechter Ausgleich	231
ee) Bewertung	233
d) Öffentliche Bibliotheken und Archive – Bibliothekskopier- dienste?	234
e) Unterrichts- und Forschungsgebrauch	239
IV. Das Verhältnis der Vervielfältigungsfreiheit zu technischen Schutzmaßnahmen	240
1. Der umfassende rechtliche Schutz technischer Schutzmaß- nahmen als Ausgangspunkt	240
2. Der Interessenausgleich	242
a) Der aus Gründen des Gemeinwohls zwingend gebotene Interessenausgleich	243
b) Der fakultative Interessenausgleich betreffend den privaten Gebrauch	248
c) Der Vorrang vertraglicher Vereinbarungen im interaktiven Online-Kontext	250
3. Fazit	253
D. Fortbestehender Harmonisierungsbedarf?	257
I. Strukturelle Defizite im Bereich der urheberrechtlichen Schranken- bestimmungen	257
II. Defizite im Hinblick auf die Vervielfältigungsfreiheit zum eigenen Gebrauch	261

Vierter Teil: Die Vervielfältigungsfreiheit im nationalen Recht	267
A. Verfassungsrechtlicher Rahmen	267
I. Notwendige Beschränkung des Untersuchungsrahmens	267
II. Bedeutung des Verfassungsrechts im Bereich des Urheberrechts: Ein Überblick	268
III. Der verfassungsrechtliche Schutz des Urhebers nach Art. 14 GG	272
1. Urheberrecht als Eigentum im Sinne des Art. 14 GG	272
2. Konsequenzen aus der Einordnung des Urheberrechts als Eigentum	274
3. Der Interessenausgleich im Rahmen der Inhalts- und Schrankenbestimmung	276
4. Die verfassungsgerichtlichen Grundsätze für eine Beschränkung des Urheberrechts	279
5. Vorläufige Schlußfolgerungen	280
IV. Der verfassungsrechtliche Schutz der Werknutzer und der Allgemeinheit	282
1. Informationsfreiheit	282
a) Schutzbereich	282
b) Beeinträchtigung der Informationsfreiheit – Frage der Drittwirkung	286
c) Schranken der Informationsfreiheit	289
d) Fazit	291
2. Freiheit der Wissenschaft und Kunst	293
3. Schutz der Privatsphäre	296
4. Allgemeine Handlungsfreiheit	299
5. Sozial- und Kulturstaatsprinzip	300
V. Der verfassungsrechtliche Schutz der Werkmittler	303
1. Die Werkmittler im organisatorischen Sinne	303
2. Die Geräte- und Leerträgermedienhersteller	305
VI. Der Ausgleich der verfassungsrechtlich geschützten Interessen	308
1. Die Güterabwägung durch den Gesetzgeber	309
a) Systematischer Standort	309
b) Die Vervielfältigungsfreiheit als verfassungsrechtliches Postulat	310
c) Verfassungsrechtliche Notwendigkeit einer angemessenen Beteiligung der Urheber	314
2. Die Interessenabwägung durch die Gerichte	317
B. Das ausschließliche Vervielfältigungsrecht des Urhebers	321
I. Systematische Einordnung	321
II. Inhalt und Umfang	322
III. Vorübergehende Vervielfältigungen im digitalen Kontext	327

IV. Die Frage der Zurechnung: Wer stellt die Vervielfältigungs-exemplare her?	330
C. Die Vervielfältigungsfreiheit des Werknutzers	336
I. Grundlagen	336
1. Zum deutschen Urheberrecht	336
2. Zum französischen Urheberrecht	343
3. Zum Urheberrecht des Vereinigten Königreichs	347
II. Die Vervielfältigungsfreiheit zum privaten Gebrauch	350
1. Tatbestand und Reichweite der Vervielfältigungsfreiheit	350
a) Deutschland	350
aa) Privilegierter Gebrauchszweck und Reichweite der Vervielfältigungsfreiheit	350
bb) Rechtmäßige Besitzerlangung	355
cc) Rechtmäßige Vervielfältigungsvorlage	359
(1) Grundsätzliche Überlegungen	359
(2) Der „politische Formelkompromiß“ des Gesetzes zur Regelung des Urheberrechts in der Informations-gesellschaft: die „offensichtlich rechtswidrig herge-stellte Vorlage“	364
b) Frankreich	371
c) Vereinigtes Königreich	375
aa) Fair dealing for purposes of research and private study, Sec. 29 CDPA	375
(1) Research and private study	376
(2) Fair dealing	379
bb) Recording for purposes of time-shifting, Sec. 70 CDPA ..	384
cc) Public interest, Sec. 171 (3) CDPA	387
2. Die Herstellung des Vervielfältigungsexemplars durch einen Dritten	390
a) Deutschland	390
aa) Bedeutung und Reichweite des § 53 Abs. 1 Satz 2 UrhG	390
bb) Informationsmehrwertdienste	394
cc) Bibliothekskopierdienste	397
b) Frankreich	406
c) Vereinigtes Königreich	411
aa) Der Dritte im Rahmen von Sec. 29 CDPA	411
bb) Bibliothekskopierdienste	413
(1) Überblick über die gesetzliche Regelung	413
(2) Die gesetzliche Regelung vor dem Hintergrund der internationalen Vorgaben	417
cc) Der Dritte im Rahmen von Sec. 70 CDPA	419

3. Die Vervielfältigungsfreiheit zum privaten Gebrauch im digitalen Kontext	420
a) Deutschland	420
aa) Anwendbarkeit des § 53 Abs. 1 UrhG im digitalen Kontext	420
bb) Notwendige Beschränkungen des § 53 Abs. 1 UrhG im digitalen Kontext	427
b) Frankreich	432
aa) Anwendbarkeit des Art. L. 122-5-2° CPI im digitalen Kontext	432
bb) Die Anwendung des Art. L. 122-5-2° CPI durch die Gerichte	435
c) Vereinigtes Königreich	438
III. Die Vervielfältigungsfreiheit zum eigenen Gebrauch	444
1. Deutschland	444
a) Allgemeines	444
b) Die privilegierten Gebrauchszwecke	446
aa) Eigener wissenschaftlicher Gebrauch	446
bb) Aufnahme in ein eigenes Archiv	449
cc) Eigene Unterrichtung über Tagesfragen	454
dd) Sonstiger eigener Gebrauch	455
ee) Unterrichts- und Prüfungsgebrauch	459
c) Die künftige Ausgestaltung der Vervielfältigungsfreiheit zum eigenen Gebrauch	463
2. Frankreich	466
a) Allgemeines	466
b) Die Spezialregelung der Reprographie durch Gesetz vom 3. Januar 1995	469
c) Die Umsetzung des Gesetzes vom 3. Januar 1995 in der Praxis	471
3. Vereinigtes Königreich	477
a) Allgemeines	477
b) Die Reprographie	478
c) Die Vervielfältigungsfreiheit im Bereich der Bildungseinrichtungen	482
IV. Die Schranken der Vervielfältigungsfreiheit	486
1. Gesetzliche Beschränkungen	486
a) Verwendungsbeschränkungen	486
b) Grenzen der Vervielfältigungsfreiheit	487
aa) Die Vervielfältigung graphischer Aufzeichnungen von Werken der Musik	488
bb) Die vollständige Vervielfältigung ganzer Bücher und Zeitschriften	492

cc) Die Vervielfältigung von Werken der bildenden Kunst ..	494
dd) Gemeinsame Grundlage der gesetzlichen Ausschlußstat- bestände	496
2. Beschränkungen mittels Vertrag und technischer Schutzmaß- nahmen	496
a) Die Rechtsnatur der Vervielfältigungsfreiheit zum eigenen Gebrauch	497
aa) Deutschland	497
bb) Frankreich	500
cc) Vereinigtes Königreich	501
b) Vertragliche Beschränkungen der Vervielfältigungsfreiheit ..	502
aa) Deutschland	502
(1) Individualvertragliche Beschränkungen	502
(2) Formularvertragliche Beschränkungen	504
bb) Frankreich	506
cc) Vereinigtes Königreich	508
c) Beschränkungen mittels technischer Schutzmaßnahmen	508
aa) Deutschland	508
(1) Allgemeine Überlegungen	508
(2) Die Durchsetzung der Vervielfältigungsfreiheit nach § 95 b UrhG	513
bb) Frankreich	515
cc) Vereinigtes Königreich	516
D. Der gesetzliche Vergütungsanspruch des Urhebers	519
I. Grundlagen	519
1. Notwendige Beschränkung des Untersuchungsrahmens	519
2. Die Rechtsnatur des Vergütungsanspruchs	520
a) Deutschland	520
b) Frankreich	521
3. Der Anspruchsgegner	523
a) Deutschland	523
b) Frankreich	525
4. Der Anspruchsinhalt: Der Anspruch auf angemessene Vergütung	526
a) Deutschland	526
b) Frankreich	531
5. Gesetzliches Schuldverhältnis und Abtretbarkeit des Vergü- tungsanspruchs	533
a) Deutschland	533
b) Frankreich	536
II. Der Vergütungsanspruch im einzelnen	537
1. Der Vergütungsanspruch für Bild- und Tonaufzeichnungen ...	537

a) Deutschland	537
aa) Vergütungspflichtige Geräte und Leerträgermedien	538
bb) Anspruchsberechtigte	543
cc) Vergütungshöhe – Reformfragen	544
b) Frankreich	548
aa) Vergütungspflichtige Leerträgermedien und Höhe der Vergütung	549
bb) Die Einbeziehung digitaler Aufnahmemedien in die Vergütungspflicht	550
cc) Anspruchsberechtigte	553
dd) Die Erweiterung des Kreises der Berechtigten durch Gesetz vom 17. Juli 2001	554
2. Der Vergütungsanspruch für Vervielfältigungen im Wege der Reprographie	557
a) Deutschland	557
aa) Die Gerätevergütung	558
bb) Die Betreibervergütung	561
b) Frankreich	565
aa) Die Abgabe auf Reprographiegeräte	565
bb) Das Gesetz vom 17. Juli 2001	566
3. Weitere Vergütungsansprüche ohne unmittelbare gesetzliche Grundlage?	566
a) Deutschland	566
b) Frankreich	567
III. Die Wahrnehmung des Vergütungsanspruchs	568
1. Verwertungsgesellschaftenpflichtigkeit und Verteilungsgrundsätze	568
a) Deutschland	568
b) Frankreich	572
2. Wahrnehmung und Verteilung auf dem Gebiet der Bild- und Tonaufzeichnungen	574
a) Deutschland	574
b) Frankreich	578
3. Die Wahrnehmung des Vergütungsanspruchs für reprographische Vervielfältigungen	583
a) Deutschland	583
b) Frankreich	586
IV. Das Verhältnis des Vergütungsanspruchs zu technischen Schutzmaßnahmen	587

Fünfter Teil: Vergleichende Betrachtung, Folgerungen für ein Regelungsmodell der Vervielfältigungsfreiheit und Überlegungen zur weitergehenden Harmonisierung auf Gemeinschaftsebene ..	591
A. Rechtsvergleichende Analyse	591
I. Die Vervielfältigungsfreiheit des Werknutzers	591
II. Der gesetzliche Vergütungsanspruch des Urhebers	600
B. Folgerungen für ein gesetzliches Regelungsmodell der Vervielfältigungsfreiheit	607
I. Der Interessenausgleich als Rechtfertigung und Grenze der Vervielfältigungsfreiheit	607
1. Die Vervielfältigungsfreiheit als verfassungsrechtliches Postulat	607
2. Die Überlagerung durch den „Drei-Stufen-Test“	609
3. Überlegungen zur konkreten Ausgestaltung der Vervielfältigungsfreiheit	610
II. Die Vervielfältigungsfreiheit im digitalen Kontext	617
1. Funktion und konkrete Ausgestaltung	617
2. Vervielfältigungsfreiheit versus Vertragsfreiheit	623
3. Vervielfältigungsfreiheit versus Rechtsschutz technischer Schutzmaßnahmen	626
a) Gefährdung berechtigter Allgemeininteressen durch Zugangskontrolldienste?	627
b) Die Umsetzung des Art. 6 Abs. 4 Info-RL: angemessener Interessenausgleich?	630
4. Ablösung der Pauschal- durch eine Individualvergütung im digitalen (Online-) Kontext?	638
C. Ausblick: Weitergehende Harmonisierung der Vervielfältigungsfreiheit auf Gemeinschaftsebene	641